

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

12.2.1909 (No. 42)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. Februar

No 42

1909

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 6. Februar d. J. den Expediturausführenden Ludwig Schleicher bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Expeditor daselbst ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Das englische Königspaar in Berlin. (Telegramme.)

* Berlin, 11. Febr. Gestern abend fand im königlichen Schloß der zweite Hofball statt. Beim Einzug des Hofes führte König Eduard die Kaiserin, der Kaiser die Königin Alexandra. Der Kaiser trug die Uniform eines englischen Generalfeldmarschalls, der König die seines stolzer Husarenregiments. Die Kaiserin hatte eine Robe von weißer Seide angelegt, die Königin eine solche von blaßgelber Farbe mit durchsichtigem Goldstoff darüber. Die Majestäten nahmen auf dem Thronesself Platz, in der Mitte die beiden Damen, rechts von der Königin der Kaiser, links von der Kaiserin der König. Als die Majestäten Platz genommen hatten, begann der Ball.

* Berlin, 11. Febr. Das englische Königspaar besichtigte heute mit dem Kaiserpaar den Marstall. Nachdem begab sich Seine Majestät der König mit Gefolge und dem Ehrendienst zum Frühstück ins Kasino des 1. Garde-Drägerregiments, Königin von Großbritannien und Irland.

* Berlin, 11. Febr. Die für heute vormittag in Aussicht genommene Automobilfahrt Seiner Majestät des Königs Eduard nach Potsdam zum Mausoleum ist wegen der starken Kälte auf morgen verschoben worden.

* Berlin, 11. Febr. Der Reichszangler Fürst Bülow hatte heute eine Besprechung mit Sir Charles Garding. — König Eduard hat dem Reichszangler seine Bronzestütze und die Bronzestütze der Königin zum Geschenk gemacht.

* Berlin, 11. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Bei dem Staatssekretär Freiherrn von Schön und Frau von Schön fand heute eine Frühstückstafel statt, zu dem der großbritannische Staatssekretär für die Kolonien Earl of Grey und der Unterstaatssekretär im englischen Auswärtigen Amt Sir Garding geladen waren. H. a. waren auch der Vizekonsul Sir Goshen und Staatssekretär Deurburg anwesend.

* London, 10. Febr. „Westminster Gazette“ schreibt: Für niemand wird die Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Wilhelm eine Quelle größerer Genugtuung sein als für den deutschen Vorkämpfer Grafen Wolff-Metternich, der während seines Aufenthaltes hier ruhig und aufrecht für ein besseres Verständnis zwischen den beiden Ländern gearbeitet hat. Während seines Hierseins hat Graf Wolff-Metternich durch seine Überlegenheit und den Takt, den er häufig unter schwierigen Verhältnissen bewiesen, sich zahlreiche Freunde erworben, und die gegenwärtige Zusammenkunft beider Monarchen kann in gewissem Grade als die Krönung seines Wirkens, nicht nur persönliche Freunde zu gewinnen, sondern auch für deutsches Fühlen ihnen größeres Verständnis zu wecken, angesehen werden.

* London, 11. Febr. „Standard“ schreibt: Nichts hat getreuer die bestehenden Beziehungen und herrschenden Gefühle zwischen den beiden Nationen widerpiegeln können, als die von den beiden Souveränen gehaltenen Reden. In männlicher und ungekünstelter Sprache, wie sie zwei mächtigen Herrschern zukommt, gaben sie ihren persönlichen Beziehungen und ihren Hoffnungen Ausdruck, daß die Freundschaft zwischen beiden Völkern gestärkt werde. In England und in Deutschland gibt es wohl niemand, der nicht in seinem Herzen den Wunsch der Herrscher teilt. — „Daily Telegraph“ schreibt: Der Besuch des Königs in Berlin ist sichtlich von Erfolg begleitet, wozu wir niemals zweifeln. Besser als aller Krunk ist offenbar die Aufrichtigkeit der persönlichen Begrüßung, die der Kaiser seinem erhabenen Verwandten entbot und die Wärme des Empfangs von Seiten der Bevölkerung. Nichts wird wirksamer dazu beitragen, die Atmosphäre des Argwohns zu zerstreuen, als das neue deutsch-französische Marokkoadkommen. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die Ansprache, die der König an die britische Kolonie in Berlin in der englischen Volkssprache gerichtet hat, hat eine viel weitere Anwendung und gilt für alle seine Unterthanen als eine Aufforderung, die Bemühungen des Königs zu unterstützen.

Regierung und Landesausschuß in Elsaß-Lothringen. — Straßburg, 10. Februar.

Die Debatten im Landesausschuß im Verein mit der Programmrede des Statthalter haben, wie das vorauszu sehen war, größere Auseinandersetzungen in der Presse

des Landes zur Folge gehabt. Die Beratungen waren, wie schon gesagt, zum großen Teil sehr sachlich, am ersten Tage wurde überhaupt nur die wirtschaftliche Lage des Landes streift, über die faun eine Meinungsverschiedenheit bestand an den folgenden Tagen kam es aber mitten in friedlichen Reden zu heftigen Ausbrüchen eines heimlichen Gegenzuges zwischen der Regierung und einigen Volksvertretern, wie ein Abgeordneter, der zur Veröhnung redete, es nannte, Ausbrüchen, die explosionsartig austraten und zum Schluß gerade diese Veröhnungsrede des genannten Abgeordneten hervorriefen. In Blättern, die der Opposition angehören, ist versucht worden, die Schuld an den Zusammenstößen der Regierung zuzuschreiben, die gewissermaßen den Streit von Zaune gebrochen habe, um sich zur Volksvertretung in Gegensatz zu stellen.

Es ist ja nun von vornherein zweifelhaft, ob eine Regierung, die durch ihr Amt berufen ist, eine mittlere Linie zwischen den im Lande bestehenden Strömungen einzuhalten, ohne Grund den Versuch machen würde, einen solchen Gegenatz, der nach den genannten Blättern selbst bestehen soll, künstlich hervorzurufen, sie hat jedenfalls kein Interesse daran, selbst wenn sie nicht gesonnen ist, einem ihr aufgedrungenen Streit aus dem Wege zu gehen. In Wirklichkeit liegt die Sache doch so, daß die Erklärungen, die vom Regierungstisch fielen, abgelesen wurden auf Angriffe aus dem Hause. Diese Angriffe bezogen sich zum Teil auf Neußerungen, die Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach gelegentlich einem Berliner Journalisten gemacht hatte, die dieser in nicht ganz einwandfreier Form wiedergegeben hatte und mit einer entsprechenden Erklärung des Staatssekretärs ihre Erledigung fanden. Das Wesentliche dieser Neußerungen, zu dem der Staatssekretär sich bekannte, war aber nichts Neues, Herr von Bulach stellte fest, daß das Anschauen seien, die er während der ganzen Zeit seiner öffentlichen Laufbahn vertreten hatte, die schon vor ihm von anderen namhaften Politikern des Landes geteilt worden waren, ja daß sie jetzt ein Allgemeinut der elsaß-lothringischen Politik geworden seien. Wenn in dieser Antwort gelegentlich auch ein schroffes Wort fiel, so war das, wie Herr von Bulach ausdrücklich betonte, hervorgezogen durch die Form, in der diese Angriffe zum Ausdruck gebracht worden waren.

Eine andere Explosion erfolgte, als das Verbot einer von einer Dilettantengesellschaft geplanten Theateraufführung in französischer Sprache besprochen wurde. Die Regierung hatte Erklärungen abgegeben, daß sie der Angelegenheit keine besondere Bedeutung beimesse, daß sie aber bei einem geringen formalen Entgegenkommen der genannten Gesellschaft auch ihrerseits zu Konzessionen bereit gewesen wäre. Bei der Gelegenheit brauchte ein Abgeordneter das unglückliche Wort, daß die staatsrechtlichen Zustände des Landes sich auch ohne den Willen der Bevölkerung ändern könnten. Trotz der vorsichtigen Form dieser Neußerung erscheint es doch unangebracht, mit einem Gedanken zu spielen, der bei gewissen Gegnern der einmal durch die Verhältnisse gebieterisch erforderlichen Entwicklung des Landes, die noch dazu im allgemeinen recht friedlich fortschreitet, unerfüllbare Hoffnungen nähren könnte. Daß darauf eine kräftige Abwehr der Regierung erfolgte, kann kaum Wunder nehmen und es ist eigentlich nicht recht verständlich, weshalb der Abgeordnete Wetterlé darauf zu einem Angriff ausholte, der in Form und Inhalt an Reden erinnerte, die vor Jahren im Hause öfter gehalten worden sind und deren Nutzlosigkeit von keinem Besonnenen mehr verkannt werden wird. Man kann ruhig behaupten, daß auch die Opposition, soweit sie von ruhig und verständig denkenden Männern geleitet wird, diese Art der Polemik nicht liebt und sie lieber aus dem öffentlichen Leben des Reichslandes ausgeschaltet sehen möchte. Das beweist allein auch die Schlussrede des Abg. Preiß, der dem Abg. Wetterlé politisch nahe steht, ihm aber in keiner Weise zur Seite trat, wenn sich auch keine Schlussfolgerungen in einzelnen Teilen mit denen seines Freundes berührten. Eine Politik der Reizungen und Nadelstiche wird wohl von Niemandem mehr beliebt, die Regierung hatte auch gerade gelegentlich dieser Besprechung ausdrücklich erklärt, daß es ihre Aufgabe nicht sei zu „germanisieren“, wobei unter diesem Wort ein System polizeilicher Bevormundung verstanden sein dürfte, das der Verwaltung seit Jahren mit Unrecht vorgeworfen wird. Dieser Begriff gehört aber zum eisernen Rüstzeug der Opposition und damit werden fortgesetzt Angriffe geübt, die oft zurückgewiesen, immer

wieder auftauchen, darum aber bisher an Berechtigung nichts gewonnen haben.

Die letzte und wohl bedeutungsvolle Auseinandersetzung knüpfte sich an die programmatische Lesung des Statthalter. In diesem politischen Glaubensbekenntnis, das angesichts der nun einmal für das Reichsland gegebenen tatsächlichen Verhältnisse bei einem leine Amtspflicht so ernst nehmenden Manne, wie Graf Wedel es ist, kaum anders lauten konnte, bei dem er, nach vielen Angriffen von rechts und links, in vornehm ritterlicher Weise ohne einen jeden persönlichen Ausfall nur seine eigene Stellung darlegte, wollte man eine Beleidigung des elsaß-lothringischen Volkes sehen. Wie sie darin gefunden werden sollte, ist ganz unverständlich. Daß dabei aber Worte fielen, die, wie Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach entriistet feststellt, auf verdeckte Absichten bei dem Kaiserlichen Statthalter hindeuteten, konnte nichts anderes als eine scharfe Abwehr hervorrufen. Es ist nicht gestattet, einen Mann von anerkannt reinem Willen und unabhängigen Sinne andere Absichten unterzulegen als er selbst ausspricht, und darum ergab sich die schroffe Zurückweisung ganz von selbst. Es war da von dem Redner aus dem Hause mit dem Begriff der „starken Hand“ gespielt worden, Graf Wedel, der eine schrittweise Fortentwicklung der staatsrechtlichen Lage des Landes, eine allmähliche Aufhebung der bestehenden Schranken ankündigte, habe mit dem persönlichen Regiment einer starken Hand gedroht — diese Auslegung, der sofort ein Ende gemacht werden sollte und mußte, zwang dem Staatssekretär das Wort auf, daß solche Reden die Notwendigkeit einer starken Hand beweisen würden. Das ist natürlich nicht absolut zu nehmen, nach der feierlichen Ankündigung durch den Kaiserlichen Statthalter denkt die Regierung zweifellos nicht daran, die Entwicklung, die sie jetzt selbst in die Wege geleitet hat, von neuem zu hemmen und einzuschränken. Es würde nur heißen, daß sie es nicht dulden wird, wenn fortgesetzt neue Keime der Unruhmigung in die Bevölkerung getragen werden. Sie will, wie sie an einer anderen Stelle sagte, die Hindernisse der sich nun einmal vollziehenden natürlichen Entwicklung wegräumen, bei dieser Tätigkeit aber will sie sich nicht stören lassen durch unberechtigte Eingriffe und Angriffe, deren innere Wahrheit sie bestrittet, und wird gegen sie, wenn es nötig werden sollte, auch mit „starker Hand“ eingreifen.

Man kann annehmen, daß ihr da die Unterstützung breiter Kreise des elsaß-lothringischen Volkes nicht fehlen wird.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 10. Februar.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Sp.) begründet die Resolution, in welcher ein Reichstheatergesetz verlangt wird. Den Anlaß dazu bildet der zwischen den Bühnenleitern und den Bühnenangestellten ausgebrochene Krieg. Es handelt sich bei diesen Streitigkeiten um ein Ergebnis der ganzen sozialen Entwicklung. Es ist die höchste Zeit, daß die Gesetzgebung auch in das Theaterwesen eingreift. Die jetzigen Verhältnisse bilden für die Bühnenangestellten eine völlige Rechtlosigkeit, weil in einer Klausel das einseitige Kündigungsrecht der Bühnenleiter vorgesehen ist. Die Behandlung und Ausnützung der Theaterleute und Schwestern spottet aller Beschreibung und übertrifft die schlimmsten Auswüchse der Lehrlingszuchterei. Eine besonders schwierige Frage ist die Kostümfraße. Die großen Bühnensterne bedürfen unseres Schutzes nicht, wohl aber die auf mittleren und kleinen Bühnen beschäftigten Personen. Die Regelung dieser Materie in einem besonderen Theatergesetz halten wir für dringend erforderlich. Es wäre bedauerlich, wenn sie in die Gewerordnung hineingebracht würde. Den bilden minderwertigen Schauffstellungen soll man Konkurrenz machen durch gute Volkstheater, wie sie vom Schillertheater in Berlin und von dem Verbands für Volksbildung angestrebt werden. Man sollte das Volk zum künstlerischen Jenfor erziehen. Damit wird der Sittlichkeit im Theaterwesen am besten gedient. Ich bitte um Annahme unserer Resolution und um möglichst baldige Ausführung derselben. (Beifall links.)

Abg. Franz-Ratibor (Zentr.) beschwert sich darüber, daß im Kreise Ratibor trotz der polnischen Majorität in der Bevölkerung die polnische Sprache nicht als Versammlungssprache zugelassen ist. Wenn der Staatssekretär die der dortigen Bevölkerung widerfahrene Kränkung wieder beseitigen kann, wird er sich den Dank der Einwohner verdienen. Dann sind wir gern bereit für sein Gehalt zu stimmen.

Abg. v. Dirksen (Reichsp.) bestrittet, daß auf der rechten Baruffa die schwarzen Listen ungerichtet gehandhabt würden. Ein einseitiges Herrschaftssystem ist unser gegenwärtiges Kontraktwesen nicht, im Gegenteil, die Arbeitsverhältnisse im Westen sind derartig, daß die Arbeitgeber die Sklaven der Arbeiter

88
I,
ber
schaft

987
zu
Karl,
iler,
urch
urde
tan-
schaft
ber-

nft,
gen,
trag
eine

Karl,
und
heit.
Er-
B.B.
09.

99
and

rich
Ehe-
lba.
1909
t.
nton
prie
urch
urde

M-
geb.
Ber-
urde

78
fter
gen:
r in
Grle.
09:
der
han-

n.

trift
voh.
icher
nein-

909,
ten-
e: 2
mer-
nd 1
kloß
ge-
3.97

mt.)

1
Bier
Erdöl

24
24
22
22
20
20
22
20
21
21
20
20
20
26
20
20
20
21
22
20
20
22

sind und nicht umgekehrt; sie hängen vollkommen von ihren Arbeitskräften ab. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg: Über die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes, in Ratibor werde ich Erkundigungen einziehen. Der Erlaß von Vorschriften über die Verpflichtungen und den Geschäftsbetrieb der Engagementsvermittlung für Bühnengangehörige ist Landesache und in Preußen durch Erlaß vom 31. Januar 1902 geregelt. Bevor ich über das Material, das mir in großem Umfange von den beiden Bühnenparteien zugegangen ist, Entschlüsse fassen werde, werde ich erst das Urteil der von mir befragten Bundesregierungen abwarten. Auf die materielle Frage der Reform des Theaterwesens möchte ich heute noch nicht eingehen.

Abg. Wieland (südd. Bp.): Bei der Zweidrittelmehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften in den Ortskrankenkassen wird es den Unternehmern schwer, ihre Interessen auch nur einigermaßen zu vertreten. Deshalb sind wir mit der Halbierung des Stimmrechtes einverstanden. Es ist nicht denkbar, daß alle Gesetze nur auf die Interessen der Arbeiterklasse zugeschnitten werden. Es gibt auch noch andere Kreise, die ein Recht auf Berücksichtigung haben. Auch die Handwerker sollten in die Wohlfahrt der Versicherungsangelegenheiten einbezogen werden.

Abg. Graf Kautz (konf.): Die Vorwürfe sind gerechtfertigt, welche der Abg. Kämpf gegen die Regierung wegen ihrer Haltung zur Getreideausfuhr erhoben hat. Die im vorigen Jahre etwas erhöhte Getreideausfuhr aus Rußland ist darauf zurückzuführen, daß dort stellenweise eine Missernte eingetreten ist. Die Haltung der Freijünglinge ist unerklärlich, da auch Herr Gothein gegen die Differenzierung der Getreide und für den einheitlichen Getreidezoll von 1.80 Mark eingetreten ist. (Sehr gut! rechts.) Hätten wir die Getreidezölle nicht, dann wäre unsere Landwirtschaft ebenso wie die englische Landwirtschaft längst ruiniert. (Sehr wahr! rechts.) An den unheilvollen Folgen der capriolischen Handelspolitik hat die Landwirtschaft schwer gelitten. Wenn Herr Kämpf am freien Handel festhält, dann macht er sich zum Kompagnon einer Firma, die tatsächlich bankrott ist und nur nach außen hin sich den Anschein gibt, als ob sie lebensfähig wäre. (Lebhafter Beifall rechts. Zwischen links.)

Abg. Pfeiffer (Zentr.): Die Angehörigen der deutschen Bühnen sind tatsächlich rechtlos als die Mitglieder irgendeines anderen Berufes. Die Kündigungsmöglichkeit muß für beide Parteien gleichmäßig gestaltet und die Arbeitszeit geregelt werden. Nach dem Muster der Gewerbeinspektoren sollten auch Bühneninspektoren geschaffen werden. Wir sind mit dem ersten Teil der Resolution Müller-Meinungen einverstanden, damit endlich dem schreienden Notstand im Theaterwesen abgeholfen werden kann. (Beifall im Zentrum.)

Nach weiterer kurzer Debatte wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und nach einer Reihe von Bemerkungen zur Geschäftsordnung, wobei mehrere Abgeordnete bedauern, nicht zu Worte gekommen zu sein, wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Von den vorliegenden Resolutionen werden angenommen: die Resolutionen auf einen Reichsausschuß zum Deutschen Handwerksblatt und obligatorische Einführung der Verhältniswahl bei der Krankenversicherungsreform. Abgelehnt wird die Konfessionierung des Flaschenbierhandels, ferner werden u. a. mehrere Resolutionen über den Schutz und die Arbeitszeit der Metallarbeiter angenommen. Dann wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. Außerdem sechster Nachtragsetat. Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 11. Februar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des 6. Nachtragsetats zum Etat für 1908.

Abg. Speck (Zentr.): Das Anwachsen der Reichsschatzschneide, die durch ungedeckte Matrifularbeiträge nötig sind, ist bedenklich. Unter den obwaltenden Umständen kann die Reichskasse nicht im Stich gelassen werden.

Abg. Ortel (natl.): Auch ich halte die Ansammlung der Reichsschatzschneide für bedenklich. Der Reichskriegsschatz sollte für die Zwecke der Reichskasse nutzbar gemacht werden.

Staatssekretär Sydow: Der Reichskriegsschatz ist festgelegt und eine Verfügung über ihn nur im Falle eines Krieges möglich. Er darf also nicht gewissermaßen als Unterlagen für ausgegebene Schatzanweisungen des Reiches angesehen werden. Er ist zwar im Vergleich zu den im Kriegsfall erforderlichen Mitteln nicht sehr erheblich, aber es ist in kritischen Zeiten doch wertvoll, über 120 000 000 Mark verfügen zu können.

Abg. Kaempf (fr. Bp.): hält die Schatzschneide nicht für schädlich.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.): Dem Projekt einer Reichsdepotitenkasse stehen wir sympathisch gegenüber.

Schatzsekretär Sydow: Die Frage der Erleichterung der Verpflichtungen des Reiches den Berufsgenossenschaften gegenüber wurde in den letzten Monaten von den zuständigen Stellen sehr intensiv behandelt, und es dürfte in Kürze ein positives Resultat vorliegen. Ich hoffe, daß mit den vorgeschlagenen Krediten und deren Wirkung auf den Betriebsfonds des Reiches eine Besserung der Zustände eintritt.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. v. Nichthofen (konf.) und Kämpf (fr. Bp.) war die erste Beratung erledigt. Die Vorlage wurde dann auch in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Berlin, 11. Febr. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf betreffend den unlauteren Wettbewerb beriet bei § 1 über die Aufnahme einer Generalklausel gegen den unlauteren Wettbewerb. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, eine solche in das Gesetz aufzunehmen. Dann wurde im wesentlichen die von dem Zentrum vorgeschlagene Fassung angenommen. Danach soll wegen jeder Handlung, die gegen Treu und Glauben in Handel und Gewerbe verstoßt, nicht allein Anspruch auf Unterlassung, sondern im Falle des Vorjages und der Fahrlässigkeit auch Anspruch auf Schadenersatz geltend gemacht werden können.

Berlin, 11. Febr. Die Finanzkommission des Reichstages fuhr in der Beratung des Erbschaftsteuergesetzes fort. Die Regierungsvorlage wurde unverändert angenommen. Alle Anträge der Parteien wurden abgelehnt.

Schrobs, 11. Febr. Bei der Reichstagswahl am 6. Februar für den Wahlkreis Schrimm-Schrobs wurden nach amtlicher Feststellung im ganzen 17 914 Stimmen abgegeben. Hier von erhielt v. Kiegolewski (Pole) 13 888 Stimmen, v. Günther (Reichspartei) 4016 Stimmen, zerplittert waren zehn Stimmen. Kiegolewski ist somit gewählt.

Zur Lage am Balkan.

(Telegramme.)

Der russische Gegenvorschlag.

St. Petersburg, 11. Febr. Der Minister des Äußeren überreichte gestern dem türkischen Botschafter eine russische Note auf den Gegenvorschlag der türkischen Regierung betreffend das russische finanzielle Vermittlungsprojekt zwischen Bulgarien und der Türkei. In dieser Antwort begrüßt die russische Regierung die türkische Mitteilung als Ausdruck des prinzipiellen Einverständnisses zum russischen Projekt, welche die Bahn zu einer endgültigen Regelung der Frage eröffnet. Was die Gedanken der Türkei über die gleichzeitige Liquidation der Kriegsschuldigung an Rußland betrifft, so ist die russische Regierung, beiseit von den freundschaftlichsten Gefühlen zur Türkei, grundsätzlich bereit, in die Beratung dieser Frage einzutreten. Jetzt aber ist es dringend nötig, Mittel zur sofortigen Entschädigung der Türkei für den ihr von Bulgarien zugefügten Schaden zu finden. Seitens aller Mächte wird die Sympathie für das russische Projekt ausgesprochen und schwerlich könnte sich die Feststellung der Entschädigung auf einen höheren Betrag als 120—125 000 000 Franken erstrecken. Andererseits könnte jetzt Bulgarien nur unter schweren Bedingungen eine Anleihe abschließen. Der russische Vorschlag befriedigt beide Teile. Die russische Regierung macht, ohne im Prinzip die Prüfung der vollständigen Liquidation der Kriegsschuldigungsgelder abzulehnen, den Vorschlag, auf neue das russische Finanzprojekt zu prüfen, das auf einer Summe von 120—125 000 000 ruht, in der auch die von Bulgarien zu leistende Entschädigung für die ostromelischen Bahnen einbegriffen ist. Die russische Regierung schlägt ferner vor, unverzüglich die Bedingungen der sofortigen Durchführung der Finanzoperation gemeinsam zu erwägen.

Konstantinopel, 11. Febr. Der Kommandeur des zweiten Armeekorps Rasim Pascha wurde zum Kriegsminister, der bisherige Kriegsminister Ali Zia Pascha zum Oberkommandeur in Ägypten, der frühere Direktor der Marineakademie Haffera Husin Pascha zum interimistischen Marineminister ernannt.

Konstantinopel, 11. Febr. Die Lage in den Wilajets Bagdad und Bassora scheint sich täglich zu verschärfen. Eingegangene Meldungen besagen: Der Brigadenführer Elenbel hat sich in Meschep verbarrikadiert. Der Gouverneur von Kerbela ist mit einem Bataillon Infanterie, mit Kavallerie und Geschützen nach Meschep gesandt worden.

Belgrad, 10. Febr. In der Stupschina richtete Petitsch (Fortschrittler) an den Ministerpräsidenten die Frage, ob die Regierung das Hervortreten des Kronprinzen in Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere dessen kriegerische Reden, billige. Der Ministerpräsident erwiderte Petitsch, er möge, falls er der Frage besondere Bedeutung beimesse, eine Interpellation über diesen Gegenstand einbringen. — Wie die Blätter melden, gab Kriegsminister Jintowitsch seine Demission, weil weder die Regierung, noch die Stupschina genügendes Entgegenkommen für die unabwieslichen Bedürfnisse der Armee zeigten. „Stampa“ veröffentlicht ein Interview mit dem Kriegsminister, welcher darlegte, die unmittelbare Ursache seiner Demission sei die Verweigerung des Rüstungskredits von 33 500 000 Dinars.

Sofia, 11. Febr. Die Regierung hat die Durchführung von 2000 Remontepferden für die türkische Kavallerie gestattet.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 11. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Freiherrn von Bodman. Um 3 1/2 Uhr empfingen Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin den Weiblichof Freiherrn Jörn von Bulach aus Sträßburg.

Nachmittags folgten die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. Nicolai.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin werden heute Abend einen Ball bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Max besuchen.

Der auf Grund der landesherrlichen Verordnung vom 14. Mai 1906 errichtete Wasserwirtschaftsrat ist vom Ministerium des Innern auf Freitag den 12. März d. J. vormittags 10 Uhr, zu einer Tagung in den großen Sitzungssaal dieses Ministeriums einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1. Entwurf, die Abänderung des Wassergesetzes betreffend. 2. Denkschrift, die Großwasserkräfte des Großherzogtums betreffend (S. XIV der Beiträge zur Hydrographie des Großherzogtums).

Nach den Städten Messina und Reggio di Calabria, nach denen Postpakete vorübergehend nur unter der Adresse der dortigen Hilfskomitees zulässig waren, können nach neuer Mitteilung Postpakete wieder unbeschränkt versandt werden.

(Die nationalen Kämpfe in Österreich.) Auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins und des Alldeutschen Verbandes sprach am Diens-

tag im Rathausaal Herr Sonneneberg vom Schulverein in Wien über das obige Thema. Der Redner schilderte die Kämpfe, die das Deutschtum in Österreich, besonders in Böhmen, durchzumachen hat und gab einleitend einen Überblick über die Geschichte Österreichs, in der die etwa ein Drittel der Bevölkerung bildenden Deutschen eine so hervorragende Rolle gespielt haben. Die Deutschen waren es, die das geistige Leben den Handel und Verkehr Österreichs auf die Höhe brachten. Der Redner ging darauf auf die Geschichte Böhmens, unter besonderer Berücksichtigung der Kämpfe zwischen Tschechen und Deutschen um die Vorherrschaft ein und gab einige charakteristische Beispiele des Kampfes an den Sprachengrenzen. Er streifte besonders die letzten Ereignisse in Prag, die ja noch in lebhafter Erinnerung stehen. Bei dem Kampf, den die österreichischen Deutschen um die Erhaltung ihres Stammestums führen, werden sie, so betonte der Redner, durch das Interesse und durch die Förderung der deutschen Sache seitens der Deutschen in Deutschland gestärkt werden. Eine Resolution, die den Deutschen in Österreich volle Sympathie ausdrückt, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende des Schulvereins, Professor Längin, dem Redner für seine interessanten und anregenden Ausführungen.

(Der Karlsruher Anwaltsklub) hielt am Mittwoch im „Landsnecht“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, L. Schumann, eröffnete nach Eröffnung der Versammlung den Geschäftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Es fanden 9 Vorstandssitzungen, 10 Monatsversammlungen und eine große Anzahl sonstiger Zusammenkünfte statt, ferner wurden eine ordentliche und zwei außerordentliche Generalversammlungen abgehalten. In Veranlassung wurden abgehalten eine Vereinsjahresfeier im Garten des „Landsnecht“, ferner eine Mattenfängerprüfung auf der Adrennbahn. Von einer internationalen Ausstellung im Jahre 1909 hat der Klub nach gütlicher Vereinbarung mit dem 1. Bad. Anwaltsverein Abstand genommen. Dafür hat er in sein Programm die Ausbildung von Polizeibeamten aufgenommen. Die zurzeit für die Anwaltschaft sehr aktuelle Bewegung wird hier gewiß großes Interesse begegnen. Bereits Ende Mai oder Anfang Juni wird seitens des Klubs eine Vorführung von Polizeibeamten auf der Adrennbahn stattfinden. Den günstig lautenden Massenbericht erstattete der Kassier, Herr Bleicher. Die hierauf folgenden Neuwahlen der ausstehenden Vorstandsmitglieder geigte das Resultat, daß sämtliche ausstehenden Mitglieder wieder gewählt wurden. Der Vorstand besteht für das Jahr 1909 aus den Herren L. Schumann, Vorsitzender, M. Bleicher, Kassier, A. Häffner, Schriftführer, B. Rüdiger, Bibliothekar, W. Gartner, A. Meiser, Rotenböcher und J. Stemmler, Beisitzer; J. Schmidt und W. Müller, Revisoren. Mit einem dreifachen Hoch auf die hohe Protektorin des Klubs, Ihre königliche Hoheit Großherzogin Luise, fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

(Die Einwohnerzahl Karlsruhes) betrug am 1. Februar 130 816.

(Im Residenztheater) in der Waldstraße werden am Sonntag den 14. d. M., vorm. 11 1/2 Uhr, durch den Hofphotographen Hans Silbenbrandt aus Stuttgart direkte Farbphotographien von Landschaften usw. mittels Projektion vorgeführt. (Näheres im Inseratenteil.)

(Den-Mis-Deu) wird seine am vorigen Sonntag sehr beifällig aufgenommene klassische Zauberkunst des Orients in weiteren Vorstellungen am nächsten Sonntag nachmittags von 4 bis 6 Uhr (zu ermäßigten Preisen) sowie am Sonntag und Montag Abend im Museumaal dem hiesigen Publikum vortreten. Eintrittskarten sind bei Fr. Doert zu haben.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 8. Febr.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Jordan. Unter der Anklage der versuchten Erpreßung stand der Kettenmacher Emil Heinz aus Büchenbrunn vor Gericht. Er hatte am 1. August an den Privatier Franz Holzhauser in Pforzheim einen Brief geschrieben, in welchem der genannte aufgefordert wurde, „bis nachmittags 5 Uhr 120 M. zu schicken, andernfalls er wegen Diebstahls angezeigt werde und dann hinter die schweidischen Gardinen komme“. Der Angeklagte war früher bei Holzhauser in Arbeit und behauptete dadurch erfahren zu haben, daß dieser seinerzeit Doublemuffen gefaßt hätte, die nicht auf ehrliche Weise erworben gewesen seien. Beweisen konnte Heinz diese Behauptung nicht. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf zwei Monate Gefängnis.

(Aus dem Polizeibericht.) In der Nacht zum 10. d. schlug ein itellenloser Tagelöhner aus Heidelberg am hiesigen Hauptbahnhofe vorfährlich zwei Fenster ein, worauf er von einigen Unbekannten dermaßen durchgeprügelt wurde, daß er sich im städtischen Krankenhaus verbinden lassen mußte. — In der Velfortstraße stahl am 8. d. ein Unbekannter mittels Einbruchs eine silberne Herrenremonteuruhr mit silberner doppelter Kavalierkette, einen goldenen Ring und ein Paar Schürschuhe im Gesamtwerte von 70 M.

X Baden, 9. Febr. Der Rechtsanwaltschaft Dr. Blume hielt heute Abend im großen Saale des Konversationshauses einen Vortrag über „Messina, seine Geschichte, Kultur und Kunst“, dessen Vortrag für die Anwesenden in Südtalien bestimmt war. Der Redner schilderte in interessanter Weise alle Verhältnisse der Stadt vor der schrecklichen Erdbebenkatastrophe und gab auch ein Bild von den Verwüstungen, welche das Erdbeben im Gefolge hatte. Durch prächtige Lichtbilder wurden die mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen bestens unterstützt. Da der Besuch ein günstiger war, dürfte auch das finanzielle Ergebnis ein recht reichliches gewesen sein.

oc. Baden-Lichtenal, 10. Febr. Bei der gestern unter dem Vorsitz des Vertriebers des Erzbischofs Dr. Sebastian Otto, Domkapitular in Freiburg und in Gegenwart des Geheimen Regierungsrats Lang von Baden-Baden als Vertreter Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs stattgefundenen Wahl einer neuen Äbtissin des Klosters Lichtenal wurde als 41. Äbtissin des altherwürdigen Klosters gewählt die Ehefrau M. Gertrudis Molz. Sie ist geboren am 2. Dezember 1869 zu Kappel bei Freiburg als Tochter des Johann Molz, Landwirt, und der Maria geb. Salenbacher. Ins Kloster trat sie ein am 5. Juni 1891 und legte Profess am 16. Juli 1898 ab. Die neugewählte Äbtissin hat nur einen Bruder, Vater Marcellinus Molz, der seit 1898 als Missionar in Indien wirkt.

Orschweier, 9. Febr. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat der Mutter des Hilfsbahnwärters Schaub, der, wie gemeldet, bei dem Veruche, ein Kind vor dem Überfahren zu retten, mit diesem selbst von der Lokomotive erfaßt und getötet wurde, folgendes Schreiben zugehen lassen: „S. K. H. der Großherzog haben mit lebhaftem Bedauern von dem Unglück gehört, dem Ihr Sohn zum Opfer gefallen ist, als er in heldenmütiger Aufopferung auf der Bahnstation Kuppenheim ein Kind vom Tode erretten wollte. Seine königliche Hoheit lassen Ihnen die herzlichste Teilnahme an dem tiefen Schmerz um Ihren trefflichen Sohn ausdrücken und wünschen dies zum Ausdruck zu bringen, indem Höchstpersönlich Sie bitten läßt, das mitfolgende Ehrengeldchen von 50 M. anzunehmen. Nicolai.“

Freiburg, 11. Febr. Die Freiburger Frei-Studentenschaft, die älteste freistudentische Organisation, hat sich wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgelöst, da der Senat die Erhebung von Zwangsbeiträgen untersagte. — Hierzu wird uns vom akademischen Direktorium mitgeteilt: „Der akademische Senat hat mit Beschluß vom 8. Februar d. J. die derzeitige Organisation und die Sitzungen der freien Studentenschaft auf Schluß des Wintersemesters 1908/1909 außer Kraft gesetzt und ihr die Neuorganisation auf der Vereinsbasis anheimgestellt. Nur ungenau und mit Bedauern schritt der Senat zu dieser Maßregel; denn er stand und steht heute noch den Bestrebungen und der von der freien Studentenschaft nach verschiedenen Richtungen entwickelten anerkanntenswerten Tätigkeit durchaus sympathisch gegenüber. Allein nach Sachlage erschien nur der eingeschlagene Weg gangbar. Seit Auflösung des Gesamtausschusses ist die freie Studentenschaft auf freiwillige Beiträge angewiesen, die von vornherein für die Aufgaben, die sie sich gestellt, unzureichend waren, und das um so mehr, als sie in letzter Zeit rapid abnahmen. Der Ausschuß der freien Studentenschaft hat selber erklärt, daß aufgrund freiwilliger Beiträge seine Existenz auf die Dauer unhaltbar sei. Eine wachsende Schuldenlast, für welche ihm in keiner Weise Deckungsmittel zur Verfügung standen, veranlaßte ihn, von sich aus Vorschläge zur Sanierung seiner Finanzen zu machen, und zwar auf dem Boden des allgemeinen freistudentischen Zwangsbeitrages, für dessen Erhebungssatz er verschiedene Wege andeutete. Diefem Antrag konnte der Senat keine Folge geben, weil das Großh. Unterrichtsministerium aus rechtlichen Gründen wiederholt und ausdrücklich die Wiedereinführung von Zwangsbeiträgen abgelehnt hatte, insofern, als keine Vertretung der Gesamtstudentenschaft besteht, welche die Erhebung solcher Beiträge beschließen hat. Derartige, von der Gesamtstudentenschaft aufzubringenden Zwangsbeiträge sind aber zurzeit sowohl von den katholischen Korporationen als auch von den schlagenden Verbindungen, in welcher Form es auch sei, abgelehnt worden. — Unter diesen Umständen hielt es der akademische Senat für seine Pflicht, die Sitzungen der freien Studentenschaft außer Kraft zu setzen und eine Verfassung zu fordern, die in bezug auf Verantwortlichkeit und Gastbarkeit in finanzieller Hinsicht eine bessere Handhabung bietet. Er glaubte damit insbesondere im Interesse der hiesigen Geschäftsleute zu handeln, indem er der Kontrahierung von Schulden ein Ziel setzte, für deren Deckung in keiner Weise gesorgt war.“

Freiburg, 9. Jan. Der Bürgerausschuß setzte letzten Freitag seine Beratungen über die reiche Fülle der staatsrechtlichen Vorlagen fort. Zunächst stand zur Beratung die Organisation des Kantonparlamentes. Es hat sich das Bedürfnis erwiesen, die Zahl der Repräsentanten um einige zu erhöhen, wodurch sich auch der Normalfuß des städtischen Beitrags etwas erhöht. Stadt. Dr. Saal (Bürgervereiner) möchte an den städtischen Mitteln den Nachmittagsunterricht befreit und obligatorische Spielmitteln eingeschaltet haben. Oberbürgermeister Dr. Winterer erklärte, daß der Stadtrat dieser viel besprochenen Frage seine volle Aufmerksamkeit zuwenden, führte aber verschiedene Gründe an, die vorerst eine Zurückhaltung nötig machen, insbesondere da das ärztliche Mitglied des Rates der Höheren Mädchenschule sich aufs entschiedenste dagegen ausgesprochen, weil sonst dem jugendlichen Körper zuviel zugemutet würde. Der Stadtrat werde sich schwerlich für die vollständige Durchführung des Vorschlags entscheiden. Die Vorlage wurde darnach einstimmig angenommen. Darauf folgten mehrere Vorlagen zu vollständig lokaler Natur, daß sie für auswärtige kein Interesse bieten. Schließlich kam die mit großer Spannung erwartete Verkündung und Abhör der Stadtkasse- und Sparfahrsrechnung für das Jahr 1907 und Abhör der Stadtbudgets, worüber Obmann Kau berichtete. Da kam nun der vielerörterte Fall Löffel zur Verhandlung, die großen Unterabschlüsse des genannten Kassiers, der in Befürchtung der bevorstehenden Entdeckung seines Treibens Selbstmord auf der Jagd verübt hatte. Die Mitglieder der Bürgervereinigung brachten zur Abhör der Stadtbudgets den Antrag ein, der Stadtrat wolle die Personen ermitteln, welche für das durch die Unterabschlüsse entstandene Defizit verantwortlich gemacht werden können. Der Betrag dieses Defizits in Höhe von 79 800 M. soll von denselben eingefordert werden. Der Stadtrat soll ermächtigt werden, gegen die ermittelten verantwortlichen Personen im Falle der Zahlungsverweigerung einen Rechtsstreit zu führen. Ueber die Person Löffels hatte der Obmann Kau in seinem Referat mitgeteilt, daß derselbe für seinen mäßigen Gehalt ein viel zu luxuriöses Leben geführt und auch in Grundstücken spekuliert habe; seine Fälschungen seien in so raffinierter Weise ausgeführt worden, daß sie schwer zu ermitteln waren. Der Antrag der Bürgervereinigung wurde vom Stadto. Veit begründet, der insbesondere dem ersten Revisionsbeamten die schwersten Vorwürfe wegen mancherlei Eingriffen machte, und die „noblen Passionen“ Löffels, zu denen insbesondere auch die Jagd gehörte, schilderte. In ähnlicher Richtung sprachen sich zahlreiche Redner aus, wobei einzelne sich in einem Prosektverfahren wenig Erfolg versprachen. Oberbürgermeister Dr. Winterer bezeichnete den Fall Löffel als eine Schmach, über die die Stadtverwaltung im höchsten Grade entsetzt sei, und der Stadtrat werde alle Maßnahmen treffen, daß ähnliche Dinge nicht mehr möglich würden. Schließlich wurde, nachdem der Antrag Veit und ein Antrag Mertz zugunsten eines durch den geschäftsführenden Vorstand abgeänderten Antrags Bauer zurückgezogen worden waren, letzterer einstimmig angenommen, dahin gehend, daß eine gemischte Kommission zur nochmaligen Untersuchung des Falles Löffel eingesetzt werden solle, bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Obmann des geschäftsführenden Vorstandes und dessen Stellvertreter, zwei Stadträten und sieben namhaft gemachten Stadtbürgern. Darnach wurde nach siebenstündiger Dauer die Sitzung geschlossen. (Wegen Raummangel verspätet.)

Kleine Nachrichten aus Baden. Am Montag sind vom Niesbach wieder die ersten Schiffe in Mannheim angekommen. Es handelt sich um zwölf Fahrzeuge, die hauptsächlich mit Südgütern besetzt sind. Auch solche mit Holz und Kohlen in Ladung sind angekommen. — Montag früh gegen 4 Uhr brach in Weingarten Großfeuer aus; in kurzer Zeit wurden zwei Wohnhäuser und drei vollgefüllte Scheuern ein Raub der Flammen; es sind dies die Wohnhäuser und Scheuern der Landwirte Martin, Trautwein und Holzhauser (darunter ein Doppelhaus) und die Scheuer des Kaufmanns Gauer. Das Wohnhaus des letzteren blieb verschont. Die Löschmannschaften mußten sich bei angelegentlichster Tätigkeit auf den Schutz der Nachbarhäuser beschränken. — Der 12jährige Sohn des Sodaasfabrikanten Kastner in Malsh spielte mit einem geladenen Flobergewehr, als dieses losging und der Schuß dem in der Nähe stehenden 6jährigen Sohn des Wäders Köftrant ins Gesicht traf. Der Kleine erlitt eine schwere Verletzung; man glaubt, daß ein Auge verloren ist. — In Wehr wurde am Montag nach sehr lebhafter Sitzung der Vorkonferenz durch den Bürgerausschuß zurüdgewiesen. Infolgedessen hat, wie die Oberh. Corresp. hört, die Wehrzahl der Gemeinderäte den Rücktritt erklärt. — Aus Nurnberg (A. Donauer) wird berichtet: Gleichzeitiger Wilhelm Behringer wollte Sonntag früh 5 Uhr in seinem einzelstehenden unbewohnten Gebäude aus dem oberen

Kaume einen Schlitten holen, wobei er stürzte und in Ohnmacht fiel. Infolge Verbleibens der von ihm benutzten Laterne entstand ein Brand, der in kurzer Zeit das ganze Gebäude vollständig zerstörte. Behringer, der in höchster Gefahr war, Brandwunden und eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, konnte glücklicherweise noch rechtzeitig gerettet werden, war aber fast den ganzen Tag bewusstlos. — Dieser Tage starb in Karlsruhe der frühere langjährige Dirigent der Kapelle im Kolosseum Bingen Sporck. Er war in weiten Kreisen beliebt und hat sich besonders als Vorstand des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins um seine Landsleute viele Verdienste erworben.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 10. Febr. Heute wurde die Diamantregie des südafrikanischen Schutzgebietes als Nationalgesellschaft mit einem Grundkapital von zwei Millionen und dem Sitz zu Berlin durch Feststellung der Satzung und Übernahme der Anteile errichtet.

Dresden, 11. Febr. Seine Majestät der König hat gestern nachmittag durch Ausgleiten auf der Treppe im königlichen Schloß eine Verstauchung der rechten Hand mit Bluterguß und anstehenden einen Bruch des dritten Mittelhandknochens, erlitten. Das Befinden des Königs gibt im übrigen zu keinerlei Besorgnissen Veranlassung. — Die heute im Garnisonlazarett vorgenommene Durchleuchtung hat ergeben, daß ein Bruch des rechten zweiten und dritten Mittelknochens ohne jede Komplikation vorliegt.

Stuttgart, 11. Febr. In der Abgeordnetenkammer verbreitete sich der Ministerpräsident folgendermaßen über die deutsche Auslandspolitik: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist am Leben. Zwar der bekannte bayrische Abgeordnete Jörg hat bereits im Jahre 1876 in der bayrischen Abgeordnetenkammer mit Emphase gerufen: Der diplomatische Ausschuß ist definitiv tot. Dieser definitiv tote hat gerade im Laufe der letzten Jahre bei einigen sehr wichtigen Anlässen funktioniert zur vollen Befriedigung aller Beteiligten. Der diplomatische Ausschuß ist in erster Linie gedacht als Organ zur Information der in ihm vertretenen Bundesstaaten über den Gang der auswärtigen Politik. Mit Recht bemerkt ein Delbrück in der Sitzung des neuen Reichstags vom Dezember 1870, daß der Ausschuß in der Lage sein wird, auch auf die Behandlung der Politik Einfluß auszuüben durch Mitteilung seiner Ansichten. Von hoher Wichtigkeit ist für die Regierung eine ausreichende Information. Man ist nach Gründung des Reichs der Ansicht gewesen, daß ein zu häufiger persönlicher Zutritt des Ausschusses mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft wäre. Die leitenden Minister können doch nicht immer nach Berlin reisen. Diese Mitteilungen erfolgen daher nach einer Übung schriftlich, gelegentlich auch mündlich. Mündlich, sei es, daß der königlich preussische Gesandte im Auftrage des Reichskanzlers eine Mitteilung macht, sei es, daß unser Gesandte in Berlin verständigt wird. Vor allem aber wird schriftlich durch Mitteilung von Berichten der deutschen Botschaften und Gesandtschaften ein Überblick über den Gang der auswärtigen Politik gewährt, ein Überblick, der wohl besser orientiert, als wenn wir noch im Ausland eigene Gesandten hätten. Oder glauben Sie, daß unsere Gesandten in St. Petersburg oder Paris bessere Nachrichten erhalten, als der deutsche Botschafter, dessen Berichte uns vorliegen? Sie wissen, daß der Ausschuß im November vorigen Jahres zu einer besonders bedeutungsvollen und historischen Sitzung zusammengetreten ist. In ihr hat der Herr Reichskanzler in einer nahezu vierstündigen, ebenso eingehenden als interessanten und in manchen Punkten aufklärenden und, ich füge bei, beruhigenden Auseinandersetzung die auswärtige Situation beleuchtet. Die anwesenden Minister waren in der angenehmen Lage, dem Herrn Reichskanzler ihr volles Vertrauen in seine Führung und Leitung der auswärtigen Politik und ihre volle Übereinstimmung mit den von ihm vertretenen Grundgedanken auszusprechen. Es verbietet sich, hier auf Einzelheiten einzugehen, aber das eine darf ich doch anführen, wie lebhaft wir die Stellung der deutschen Regierung zu dem großen österreichisch-ungarischen Freund und Verbündeten begrüßen. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Ausschuß in Zukunft in regelmäßigen Zwischenräumen zusammenzutreten wird. Ich begrüße das. Ich halte es für eine Sache von hohem Wert, daß das Ausland über die nicht bloß äußerliche, sondern auch innere geschlossene und entschlossene Einigkeit des friedfertigen Deutschlands nicht den geringsten Zweifel haben kann. Dazu dient der Ausschuß und deshalb bin ich für sein Gedeihen.

Wien, 11. Febr. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, soll der Reichsrat zwischen dem 2. und 7. März wieder einberufen werden. Der tschechische Landesmannminister, Dr. Jacek, hat seine Demission gegeben wegen der Kritik, die vom Tschechenklub am Ministerium geübt wurde. Die Demission wird aber vorläufig nicht erwidert.

Stockholm, 10. Febr. Beide Kammern nahmen die Wahlreformvorschlüge mit großer Mehrheit endgültig an; dagegen stimmten die Sozialdemokraten, sowie einige andere Abgeordnete. Die Reformen beruhen auf der Grundlage der Proportionalwahl in beiden Kammern, auf dem allgemeinen Wahlrechte zur zweiten Kammer, der starken Demokratisierung der ersten Kammer, sowie auf einer bedeutenden Herabsetzung der kommunalen Wahlkassa. Der Zensus für die Wahlbarkeit der ersten Kammer wurde auf 3000 Kronen herabgesetzt.

Paris, 11. Febr. Gegen 200 Mitglieder der royalistischen Vereinigung, die gestern abend vergeblich versucht hatten, die Vorlesungen des Professors Thalass zu verhindern, drangen in das Justizministerium ein, zertrümmerten zahlreiche Fensterscheiben durch Steinwürfe und stießen Beschimpfungen gegen den Minister Briand aus.

Insowa, Infanterieskawl, 11. Febr. Nach weiteren Meldungen hat im Kasimowbergwerk im Dongebiet eine schwere Katastrophe stattgefunden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Buenos Aires, 11. Febr. In Rosario plünderte gestern bei den Unruhen, die infolge Steuererhöhungen ausgebrochen sind, der Räuber den Zentralmarkt. Die Börse ist geschlossen. Der Gemeinderat zurückgetreten. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei wurden zwei Personen getötet. Der Gemeinderat hat die Steuererhöhung wieder rückgängig gemacht.

Santiago de Chile, 11. Febr. Nach den letzten Feststellungen ist die nach dem Brande der deutschen Gesandtschaft gefundene Leiche nicht die des künftigen Botschafters. Man glaubt, daß dieser die Gesandtschaft verlassen hat. Ein deutscher Juwelier erklärte, Bekert um 1 Uhr morgens nach dem Brande gesehen und gesprochen zu haben.

Teheran, 11. Febr. 400 Reiter mit einem Geschütz sind gestern abend nach Retisch abgegangen. Man hofft, heute 2 Regimenter Infanterie und 2 Geschütze folgen lassen zu können. Von den Aufständischen ist eine provisorische Regierung eingesetzt worden.

Verschiedenes.

Berlin, 11. Febr. Seine Majestät der Kaiser hat dem früheren Chefredakteur der „Badischen Post“ und des „Meinischen Kurier“, Herrn A. Röder, den Roten Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Berlin, 10. Febr. Von einem unbekanntem Manne wurde gestern abend gegen 11 Uhr in der Warschauer Straße eine Frau Schäfer durch einen Messerstich tödlich verletzt. Kurz vorher hatte derselbe Mann sowohl auf der einsamen Köpenicker Landstraße wie in der belebteren Schlesischen Straße je ein Mädchen durch einen Stich in den Unterkörper leicht verletzt. Frau Schäfer ist heute nacht ihrer Verletzung erlegen. Die Kriminalpolizei setzte auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 M. aus.

Paris, 11. Febr. Aus Ranch wird gemeldet, daß gestern nacht drei Dragoner aus Luneville zu Pferde desertierten, nachdem sie das Kasernenrot mit Arzthieben gesprengt hatten. Alle Genbarmerie- und Zollwachposten wurden sofort telephonisch verständigt, doch konnte nur einer der Deserture festgenommen werden, die beiden anderen haben die Grenze überschritten.

Paris, 11. Febr. Aus Madrid wird gemeldet, daß das zum Escorial gehörige Augustinerkollegium durch eine Feuersbrunst eingeeäschert wurde. Das Archiv wurde vernichtet.

Galveston (Texas), 11. Febr. In Puerto Limon, Costarica, haben Erdbeben große Verheerungen verursacht. Auch Menschenleben sind zu beklagen.

Von der Luftschifffahrt.

St. Moritz, 10. Febr. Gestern mittag ist der Ballon „Verlin“ mit dem Führer Erbslöb aufgestiegen. Das Wetter war sehr schön; keine Wolke am Himmel und fast Windstille. Außer den Sportsleuten Reimann und Grünberg fährt noch ein Berner Bergführer mit. Das Luftschiff ist mit allem nötigen ausgerüstet, um eventuell auch im Gebirge zu landen. Um 1 Uhr 40 Min. überflog der Ballon den Berninagrenzsamm.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 12. Febr. Abt. A. 39. Ab. Vorst. „Der Vär“, Groteske in einem Akt von Tschadow. — „Die Romantischen“, Lustspiel in 3 Akten von Edmond Rostand, Deutsch von Ludwig Fulda. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Samstag, 13. Febr. Abt. B. 39. Ab. Vorst. Neu einstudiert: „Torquato Tasso“, Schauspiel in 5 Akten von Goethe. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 21. Febr. 29. Vorst. außer Ab. Mittags 2 Uhr zu ermäßigten Preisen: „Max und Moritz“.

Vorverkauf für die Abonnenten am Samstag den 13. Febr., nachm. 3—5 Uhr, Abt. C 3—4 Uhr, Abt. A 4—5 Uhr, Abt. B 4—5 Uhr; **allgemeiner Vorverkauf am Montag, 15. Febr.,** von vormittags 9 Uhr an.

Montag, 22. Febr. 30. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gastspiel des Elsfässchen Theaters in Straßburg: „Dr. Herr Maire“. Abends 7 Uhr.

Eintrittspreise: Ballon 1. Abt. 5 M., Sperrsitze 1. Abt. 4 M. **Vorverkauf an die Abonnenten am Montag den 15. Febr.,** nachm. 3—5 Uhr, Abt. A 3—4 Uhr, Abt. B 4—5 Uhr, Abt. C 4—5 Uhr; **allgemeiner Vorverkauf von Dienstag den 16. Febr.,** vormittags 9 Uhr an.

Dienstag, 23. Febr. 31. Vorst. außer Ab. Vormittags 11 Uhr: „Der böse Geist Lumpac vagabundus oder das lieberliche Kleblatt“. Ermäßigte Preise.

Vorverkauf für die Abonnenten am Dienstag den 16. Febr., nachmittags 3—5 Uhr, Abt. B 3—4 Uhr, Abt. C 4—5 Uhr, Abt. A 4—5 Uhr; **allgemeiner Vorverkauf von Mittwoch den 17. Febr.,** vormittags 9 Uhr an.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrog. vom 11. Februar 1909.

Die Luftdruckverteilung hat seit gestern eine völlige Umgestaltung erfahren. Das Depressionsgebiet über der Nordsee hat den ungewöhnlichen Weg nach Süden hin eingeschlagen und bedeckt heute das westliche Frankreich, zugleich hat das nordöstliche Maximum, das heute Nordwestfrankland bedeckt, wesentlich zugenommen, so daß ein erhebliches Luftdruckgefälle von Nordosten nach Südwesten besteht. Im größten Teil Deutschlands herrscht am Morgen Frost, der besonders streng im Nordosten auftritt (Memel — 24 Grad), nur im Südwesten lagen die Temperaturen noch über dem Gefrierpunkt; das Wetter war dabei meist trüb, im Westen stellenweise regnerisch, im Osten trocken. Bewölkt und rauhes Froittwetter mit stellenweisen Schneefällen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 11. Februar früh:

Baris Regen 4 Grad, Triest bedeckt 6 Grad, Florenz bedeckt 6 Grad, Brindisi bedeckt 4 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Feucht. in mm	Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
10. Nachts 9 ^h 11.	740,3	2,4	5,2	94	SE	bedeckt
11. Morgs. 7 ^h 11.	740,6	0,7	4,8	98	NE	
11. Mittags. 2 ^h 11.	741,1	2,7	3,9	70	„	h. bedeckt

Höchste Temperatur am 10. Februar: 6,7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0,7.

Niederschlagsmenge, gemessen am 11. Februar 7^h früh: 6,6 mm.

Wasserstand des Rheins am 11. Februar, früh: Schufterinsel 0,83 m, gefallen 2 cm; Rehl 1,50 m, Stillstand; Maxau 3,33 m, gefallen 4 cm; Mannheim 2,37 m, gefallen 13 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag:

G. Straunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Braut-Seide v. Mk. 1.35 ab
— Schon verzollt! — Verlangen Sie Muster! —
U. 289 G. Henneberg, Zürich.

Karlsruhe — Museumssaal
Freitag den 12. Februar 1909, abends 8 Uhr:

Konzert

der Hofpianistin und k. k. österr. Kammervirtuosin

Sofie Menter

unter Mitwirkung von X.114
Berta Weill und **Maud Meyer-Kunert**
Pianistin, Konzertsängerin.
Zwei Blüthner-Konzertflügel aus dem Lager des Hoflieferanten L. Schweisgut hier.
Eintrittskarten: Saal Mk. 4.—, 3.—, 2.50, Galerie Mk. 2.50 und 1.50 in der
Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz,
Kaiserstraße 114, Telephon 1850, und Abendkasse.

Museumssaal
Sonntag den 14. und Montag den 15. Februar 1909, abends 8 Uhr,
Wiederholung

Ben-Ali-Bey

Klassische Zauber Kunst des Orients.
Karten à Mark 3.—, 2.— und 1.—.

Sonntag den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, zu ermäßigten Preisen:
Extra-Fremden- und Familien-Vorstellung

Karten à Mark 2.—, 1.25 und —.60
Vorverkauf Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße. — Telephon 2003. X.115

Musensaal Residenz-Theater
30 Waldstraße 30

Sonntag den 14. Februar 1909, vormittags präzis 11¹/₂ Uhr, werden in hier noch nicht gesehener Vollendung

direkte Farbenphotographien

(Lumiere-Verfahren) von höchster Leuchtkraft und wunderbarer Farbenpracht und zwar Landschaften (z. B. Gutach, Rothenburg a. T. usw.), Stillleben, Blumen etc. mittels Projektion, etwa 2¹/₂ Meter groß, von Herrn König, Hofphotograph Hans Hildenbrandt aus Stuttgart vorgeführt.
Versäume niemand, sich diese einzigartigen, herrlichen Bilder anzusehen. Bis jetzt nur in Stuttgart und stets bei ausverkauftem Hause vorgeführt. X.81

Was will die Jugend-Rundschau
Wo bestelle ich die Jugend-Rundschau

Sie will die Jugend mit den geschichtlich wichtigsten und kulturell bedeutsamsten Erscheinungen, sowie mit den hervortretendsten sozialen und politischen Einrichtungen im Gegenwartsleben unseres Volkes bekannt machen; sie bietet durch ihre Anteilnahme an den Tagesereignissen in Heimat und Fremde durchaus eigenartiges

Bei allen Buchhandlungen
Bei der Post
Direkt bei der
G. Braunschen Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe i. B.
Preis monatlich 40 Pfg.
Preis vierteljährlich nur 1 Mk. ohne Bestellgebühr
Probenummer unentgeltlich und portofrei

Urteil:
Den besten Maßstab für die Beurteilung der „Jugend-Rundschau“ gibt mir die große Freude, mit der mein elfjähriges Töchterlein jederzeit die Zeitschrift empfängt.
Prof. Dr. Friedrich Pfaff
Freiburg i. Br.

Urteil:
Ich freue mich, in der „Jugend-Rundschau“ eine Zeitschrift zu finden, die den Kindern die schädliche, öde Zeitungslektüre ersetzt, indem sie auf die Interessen der Gegenwart, auch in Politik, Rücksicht nimmt; das macht die Rundschau besonders für Knaben wertvoll.
Helene Christaller
Jugendheim a. d. B.

Photograph. Kursus f. Damen

Montag den 15. Februar d. Js. beginnt ein neuer 4 bis 5-wöchiger Kursus (einschließlich **Farbenphotographie**). W.862

Anmeldungen erbeten an
Professor F. Schmidt, Sofienstrasse 95

Brauerei Schrempf
empfiehlt

„Fidelitas - Bier“

Jedem böhmischen hellen Bier mindestens gleichwertig.

Deutsches Erzeugnis!

Karlstraße 65 X.27 Fersprecher Nr. 12 u. Nr. 612

Ankauf von Antiquitäten.

Ich suche zu kaufen: **bunte englische und französische Kupferstiche, alte Porzellane**

gute alte Gemälde, Stickereien, Gobelins, kleine Möbel, Bronzen, Schnitzereien, Arbeiten in Gold, Silber etc. X.136

Max Cramer aus Cassel,
Hoflieferant Sr. Maj. des Kaisers und Königs und Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn.

Wenn Besuch erwünscht, bitte Offerten an M. Cramer aus Cassel, z. Zt. Hotel Germania, Karlsruhe, zu richten.

Handschuhe Krawatten Gürtel Schirme X.577
anerkannt vorzogl. Qualitäten empfehlen
Ludwig Oehl
Nachfolger
Karlsruhe Kaiserstr. 112

Patentanwaltsbureau Karlsruhe
C. Kleyer, Kriegstraße 77, Telephon 1309

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkurs.
X.120. Ettenheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Motorwagenbetrieb Schuttertal** — G. m. b. H. — in Schuttertal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Ettenheim, den 9. Februar 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Kunz.**

Konkursöffnung.
X.121. Nr. 1913. Freiburg. Ueber den Nachlaß des am 23. Januar 1909 verstorbenen Wiednermeisters **Adolf Lind** hier wurde heute am 8. Februar 1909, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **Karl Montigel** wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 24. Februar 1909 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Donnerstag den 4. März 1909, vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Donnerstag den 4. März 1909, vormittags 9¹/₂ Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse

etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Februar 1909 Anzeige zu machen.
Freiburg, den 8. Februar 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Appel.**

Konkursöffnung.
X.122. Nr. 1475. Freiburg. Ueber den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns **Robert Wirmelin** in Freiburg wurde heute am 9. Februar 1909, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Rechtsagent **Kuhn** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 2. März 1909 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Dienstag den 9. März 1909, vormittags 11 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. März 1909 Anzeige zu machen.
Freiburg, den 9. Februar 1909.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 5: **K. Bernauer.**

Bekanntmachung.
X.124. Nr. 1891. Heidelberg. Auf Antrag der gesetzlichen Erben wird gemäß § 1981 Abs. 1 BGB. über den Nachlaß der Kaufmann **Johannes Burger Ehefrau, Anna geb. Keß,** von Kusloch die Nachlassverwaltung angeordnet und **Rathgeber Michael Reidel** von Kusloch zum Nachlassverwalter ernannt.
Heidelberg, den 6. Februar 1909.
Großh. Amtsgericht IV: **Schott.**

Bekanntmachung.
X.94. Nr. In dem Konkurs über das Vermögen des Glasers und Schreinermeisters **Wilhelm Botsch** in Laßlo sind 218 M. 29 Pf. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 30 M. 66 Pf. bevorrechtigte und 3737 M. 53 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Großh. Amtsgerichts zur Einsicht aus.
Laßlo, den 9. Februar 1909.
Der Konkursverwalter: **Joh. Degert, Rechtskonsulent.**

Permissivte Bekanntmachungen.
Bekanntmachung.
Die erste Staatsprüfung der Geometer betr.
Die Geometerkandidaten, welche der diesjährigen ersten Staatsprüfung sich unterziehen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Zulassungsgesuche spätestens bis zum 20. März d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen und die in § 11 der landesherlichen Verordnung vom 17. September 1898 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1898 S. 427) vorge-

schriebenen Belege dem Gesuche anzuschließen haben. X.116
Karlsruhe, den 8. Februar 1909.
Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.
Dr. **Krems.**

Papierholzverfeinerung.
Großh. Forstamt **Reutstadt i. Schwarzwald** verfertigt am Samstag, den 20. Februar 1909, vorm. 411 Uhr, im Gasthaus zum „**Adler**“ in Hintergarten (Höllentalbahn) aus den Hintergarten Domänenwaldungen: 307 Ster I. Kl., 296 Ster II. Kl. fichtenes, entrindetes Papierholz. Auszug durch das Forstamt. X.118

Ruß- und Brennholz-Verfeinerung.
Das Großh. Forstamt **Philippsburg** verfertigt
Montag den 15. ds. Mts., früh 9 Uhr,
im Kathausaal in **Philippsburg** aus den Domänenwald-Distrikten I „**Rolzau**“, II „**Rußheimer**“ und III „**Philippburger Altheim**“: 4 Eichen IV. und V. Klasse, 150 Eichen, 36 Kappeln und 108 Forsten-Stämme (Abschnitte) I., II. und III. Klasse.
Vorzeiger: **Forstwart Bachert** in Suttenheim und die Domänenwaldhüter **Hager** in **Rußheim** und **Rohleder** in **Philippsburg**.
Dienstag den 16. ds. Mts., früh 9 Uhr,
im Saale des Gasthauses zur „**Krone**“ in **Suttenheim** aus dem Domänenwald-Distrikt I „**Rolzau**“, Abteilung 13 und 17: 180 Ster Buchen, Eichen und forlen Scheit- und Flügelholz, 8375 Stück Buchene, gemischte und forlene Wellen und 5 Lose unaufbereitete Reisholz (Schlagraum).
Vorzeiger: **Forstwart Bachert** in **Suttenheim**. X.117.2.1

Ruß- und Brennholz-Verfeinerung.
Großh. Forstamt **Laubersbischhofheim** verfertigt aus Domänenwald **Sachtel** und **Eichig** mit üblicher Vorfahrt (1. November) am
Freitag den 19. Februar d. J., vormittags 11 Uhr,
im „**Löwen**“ in **Großrinderfeld**: 14 Eichen I.—VI. Kl., 3 Buchen II. Kl., 1 Forstenabschnitt II Kl., 255 Ster Buchene Scheiter I.—III. Kl., 27 Ster eichene Scheiter II.—III. Kl., 55 Ster Buchene, 4 Ster eichene Prügel, 49 Ster meist buchene Stockholz, 5000 Stück meist buchene und eichene Durchforstungs- und Astwellen, 3 Lose Schlagraum. X.119
Domänenwaldhüter **Fischer** in **Gerdshheim** zeigt das Holz vor.

Kleinflasterarbeiten.
Anlässlich des **Bahnhofumbaus Durlach** haben wir die Lieferung und Herstellung der **Granit-Kleinflasterdecken dreier Brückenfahrbahnen** (etwa 2090 qm) nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben.
Die Zeichnungen nebst Bedingnisheft liegen auf unserem Geschäftszimmer, **Auerstraße 11** in **Durlach**, zur Einsichtnahme auf. Hier sind auch die Angebotsvorbrücke zu erheben. Die Unterlagen werden nach auswärts nicht abgegeben.
Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift **Kleinflaster, Bahnhofumbau Durlach** bis zum Zeitpunkt der Eröffnung: **Mittwoch den 17. Februar 1909, vormittags 11¹/₂ Uhr,** X.966
bei uns einzureichen.
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Durlach, den 2. Februar 1909.
Großh. Bahnbaupolizei.